

Verfahrensrechtliche Vermerke:

In diesem beschleunigten Verfahren gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 BauGB entsprechend. Auch gelten Eingriffe, die auf Grund der Änderung des Bebauungsplanes zu erwarten sind, als im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 5 Bau GB vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig, sodass auf die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB verzichtet werden kann.

Die Planunterlage entspricht hinsichtlich der Flurstücke, Gebäude und Topographie den Anforderungen der Planzeichenverordnung 1990.

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

Der Rat der Gerneinde Ense hat in seiner Sitzung am 2.07.19 beschlossen, die 8. (beschleunigte) Änderung dieses Bebauungsplanes durchzuführen. Der Änderungsbeschluss wurde am 11.02.104 süblich bekanntgemacht. Ense, den 15. 10. 2019

ÖFFENTLICHKEITS-/ BEHÖRDENBETEILIGUNG

Die Öffentlichke its beteiligung gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB hat in der Zeit vom 22.07. 19 bis einschließlich 22.03.19 stattgefunden. Die betroffene Öffentlichkeit wurde von dieser Planung mit dem Schreiben vom 22.07./2nterrichtet

Den berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist in der Zeit vom 501 Ppis 22 08.19
Gelegenheit zur Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB gegeben worden.
Der Beschluss zur Offenlegung wurde am 12.03...19. ortsüblich bekannt gemacht. Der pargermeister

Ense, den 15.10.2019

SATZUNGSBESCHLUSS Der Rat der Gemeinde Ense hat in seiner Sitzung am 8.10.19. (beschleunigte) Änderungdieses/ertreter Bebauungsplanes gem. § 10 Abs. 1 BauGB mit seinen planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Bürgermeister ger.

Ense, den 15.10.2019

BEKANNTMACHUNG / INKRAFTTRETTEN Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 18. 10. 16 süblich mit Hinweis darauf bekannt gemacht worden, dass der Bebauungsplan mit Begründung während der allgemeinen Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird. verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird.

Die Satzung tritt mit dem Tage der Verwirklichung der Bekanntmachung am 28.10.19 in Kraftn. Vertrete

Ense, den 29. 10. 2019

Bürgermeister

Rechtsgrundlagen Aligem. Vertreter Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBI. I S. 2414), in der zurzeit geltenden Fassung.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. IS. 132), in der zurzeit geltenden Fassung. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzVO) vom 18.12.1990 (BGBI. I. 1991 S. 58).

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.07.2018

(GV NRW) Ausgabe 2018 Nr. 19 vom 03.08.2018 S. 411 bis 458, in der zurzeit geltenden Fassung.

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), in der zurzeit geltenden Fassung.

. Erklärung der Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches gem. § 9 (7) BauGB und Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen gem.§ 16 (5) Baunvo Grenze des räumlichen Geltungs-, Änderungsbereiches des Bebauungsplans

gem, § 9 (7) BauGB Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

gem.§ 16 (5) BauNVO Art und Maß der baulichen Nutzung gem, § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Mischgeblet gem. § 6 BauNVO

 Wohngebäude, Geschäfts- und Bürogebäude, Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Spelsewirtschaften, sowie Betriebe des

Beherbergungsgewerbes, 2. sonstige Gewerbebetrlebe, 3. Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale,

gesundheit||che und sport||che Zwecke 4. Gartenbaubetrlebe.

nicht zulässig sind: A) Ausschluss von Ausnahmen nach § 1 (5) BauNVO Die unter § 6 (2) Nr. 7 und § 6 (2) Nr. 8 BauNVO aufgeführten Nutzungsarten

werden in allen Mischgebleten ausgeschlossen. B) Ausschluss von Ausnahmen nach § 1 (6) BauNVO Die unter § 6 (3) BauNVO aufgeführte ausnahmsweise Zulässigkeit von Vergnügungsstätten wird gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO in allen Mischgebieten

2. Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a (3) Nr. 2 BauNVO in den Tellen des

Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind,

Gewerbegeblei gem, § 8 BauNVO

1. Gewerbebeirlebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, Geschäfts- und Büro- und Verwaltungsgebäude, 2. Tankstellen,

Anlagen f
ür sportliche Zwecke.

1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsieiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind

2. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke 3. Anlagen der Abstandsklassen der lid. Nummern 154 - 191 (Abstandsklasse VII), wenn die von Ihnen ausgehenden Emissionen so begrenzt werden, dass sie die von den aligemein zulässigen Anlagen üblicher weise ausgehenden Emissionen nicht überschreiten.

1. Anlagen der Abstandsklassen i bis VI (lfd. Nr. 1 - 191) der Abstandsliste zum

Runderlass des Ministers für Umweit, Raumordnung und Landwirtschaft v. 98-04-02 - MBI, NW 1998 S.744 und Anlagen mit ähnlichem Emissionsgrad.

Ausschluss von Ausnahmen nach § 1 (6) BauNVO; in allen Gewerbegebieten ist dle in § 8 (3) 3 BauNVO genannte ausnahmswelse zulässige Nutzung (Vergnügungsstätten) unzulässig und damit nicht Bestandtell des Bebauungsplans.

Gewerbegeblet, eingeschränkt

Alle eingeschränkten Gewerbebetriebe werden als eingeschränkte Gewerbebetriebe mit "nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben" im Sinne von § 6 BauNVO

Zulässig sind gem. § 8 (2): Gewerbebetrlebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe, Geschäfts- und Büro- und Verwaltungsgebäude,

2. Tankstellen, 3. Anlagen für sportliche Zwecke.

Ausnahmsweise zulässig sind: 1. Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsielter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind

2. Anlagen für kirchliche, kultureile, soziale und gesundheitliche Zwecke 3. In GE . 5: Anlagen der Abstandsklassen der lfd. Nummern 192 - 212 (Abstandsklasse VII), wenn die von ihnen ausgehenden Emissionen so begrenzt werden, dass sie die von den allgemein zulässigen Anlagen üblicher weise ausgehenden Emissionen nicht überschreiten.

In GE e 3: Anlagen der Abstandsklassen der Idf. Nummern 161 - 199 (Abstandsklasse VI), wenn die von Ihnen ausgehenden Emissionen so bgrenzt werden, dass sie die von den allgemein zulässigen Anlagen üblicherweise ausgehenden Emissionen nicht überschriten.

Nicht zulässig sind:

 Anlagen der Abstandsklassen I bisVI (Ifg.Nr. 1 - 199) der Abstandsliste zum Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - V-3 - 8804.25.1 v. 6.6.2007

Ausschluss von Ausnahmen nach § 1 (6) BauNVO: in allen eingeschränkten Gewerbegebieten ist die in § 8 (3) 3 BauNVO genannte ausnahmsweise zulässige Nutzung (Vergnügungsstätten) unzulässig und damit nicht Bestandtell des Bebauungsplans,

Sonstiges Sondergebiet, Einzelhandel gem, § 11 BauNVO

> Die Zweckbestimmung des Sonstigen Sondergebiets wird gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO als "Einzelhandelsbetrieb Lebensmitteldiscount mit maximal 820 m² Verkaufsfläche" festgesetzt. Zulässig ist entsprechend des Einzelhandelserlasses NRW 1996 folgende

Produktpalette: Lebensmittel (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl- Fielschwaren, WB 00-13,960: Gemüse, Tlernahrung), Süßigkeiten, Spirituosen, Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika mit insgesamt 760 m²

Nichtelektrische Haushaltswaren / Aktionsartikel mit 60 m². Begrenzung der Verkaufsfläche; Die Summe der Verkaufsflächen darf im gesamten

Sondergebiet 820 m² nicht überschreiten. Zahl der zulässigen Vollgeschosse als Höchstgrenze

gem. § 16 (4) BauNVO Grundflächenzahl gem, § 19 BauNVO

Geschoßflächenzahl gem, § 19 BauNVO

TH max.

Oberense Bittinger

Brühings

[8516]

Am Tiefen Weg

55 Werl-Sud

Hünningen Parsi

Lüttringen

Vierhausen

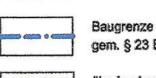
max, zulässige Traufhöhe gem, § 20 BauNVO

maximale Baumassenzahl (BMZ) gem, § 21 BauNVO

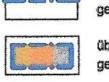
Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

abweichende Bauweise

offene Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO



gem. § 22 (4) BauNVO



gem. § 23 BauNVO überbaubare Grundstücksfläche



gem. § 23 (1) BauNVO

nicht überbaubare Grundstücksfläche gem. § 23 (1) BauNVO

Flächen für den Gemeinbedarf Fläche für den Gemelnbedarf gem, § 9 (1) Nr, 5 und (6) BauGB

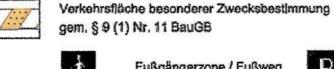
> F Feuerwehr

Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

gem, § 9 (1) Nr. 5 BauGB

gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

Verkehrsflächen Straßenverkehrsfläche mit Straßenbegrenzungslinie gem, § 9 (1) Nr. 11 BauGB

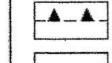


gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

Verkehrsberuhlgter Bereich



Öffentliche Parkfläche



Bereich ohne Ein- und Ausfahrt gem, § 9 (1) Nr, 11 BauGB

Einfahrtsbereich

gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

8. Anderung des Bebauungsplans Nr. 82 "Am tiefen Weg" - Änderung der Festsetzungen zu GEe 3

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen gem. § 9 (1) Nr. 4 BauGB Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemelnschaftsanlagen

gem, § 9 (1) Nr, 4 BauGB Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung gem, § 9 (1) Nr. 12 BauGB gem. § 9 (6) BauGB

Flächen für Versorgungsanlagen gem. § 9 (1) Nr. 12 BauGB

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen gem. § 9 (1) Nr. 13 BauGB

Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

o unterirdisch

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses gem, § 9 (1) Nr, 16 BauGB

Wasserfläche; hler; Graben gem. § 9 (1) Nr. 16 BauGB

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB

Natur und Landschaft mit Nummerlerung der Ausgleichsflächen gem, § 9 (1) Nr. 20 BauGB

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden,

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen Flächen, die mit einem Leitungsrecht zugunsten der Gemeinde Ense und der Versorgungsträger zu belasten sind,

Flächen zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gem. § 9 (1) Nr. 25 BauGB

zu erhaltender Baum gem, § 9 (1) Nr. 25 b BauGB zu erhaltende Sträucher

gem. § 9 (1) Nr. 25 b BauGB

Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden

Stoffen belastet sind gem. § 9 (5) Nr. 3 BauGB XXX Altiastenfläche gem. § 9 (5) Nr. 3 BauGB

Regelung für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz

unbewegliches Kulturdenkmal, Bodendenkmal Hohlweg gem. § 9 (6) BauGB Naturdenkmal

Sonstige Planzelchen

Grenze vorhandener Flurstücke mit Flurstücksnummer

vorhandene Gebäude

Besonderer Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird

gem. § 9 (1) Nr. 9 BauGB SD / PD Satteldach / Pultdach

II. textl. Festsetzungen

Acer platanoides

Alnus glutinosa

Malus domestica

Comus sanguinea

Crataegus laevigata

Crataegus monogyna

Hippophae rhamnol

Lonicera xylosteum

Buddlela alternifolia

Comus sanguinea

Conylus avellana

Crataegus leevigata

Crataegus monogyna

Buddiela altemifolia

Forsythia viridissim

-mittelgroße Bäume; mit Ballen. Stammumfann mind. 10-12 cm. 3 x veroffanzt

-große Bäume: mit Ballen, Stammumfang mind. 14-16 cm, 3 x verpflanzt

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht gem. § 9 (1) Nr.21 BauGB

Als Unterpflanzung wird eine artenreiche Wildkrautflora festgesetzt.

Corvius avellana

Schlehdom

Stachelbeere

Hunds-Rose

Falscher Jasmir

Schwarzer Holunder

Schwarzer Holunde

Prunus avlum

Quercus rubra

Querous robur

Corylus columa

Sorbus aucuparla

Prunus domestica

Pyrus communis

Prunus spinosa

Ribes uva-crispa

Sambucus nigra

Vloumum opulus

syringa vulgaris

Prunus spinosa

Ribes uva-crispa

Sanbucus nigra

Viburnum opulus

syringa vulgaris

Phliadelphus coronarlus

Prunus padus

Rosa canina

Philadelphus coronarlu

Prunus padus

Rosa canina

Tilla cordata

Pflanzenilste: Bäume 1. Wuchsordnung:

Bäume 2. Wuchsordnui

Eingriffliger Weißdom

Zweigriffliger Weißdom

Dunkelgrüne Forsythle

Qualität bel Anpilanzung

Spltzahom

Komelkirsche

Kultur-Apfel Süßkirsche

Hartdegel

Sommerfliede

Hartrlegel

Haselnuss

max. 25° max. Dachnelgung

Festsetzung der Geländehöhe

XXXX Altlastenverdachtsfläche gem. § 9 (5) Nr. 3 und (6) BauGB

Zone mit Festsetzungen von Maßnahmen des Lärmschutzbereiches 3

II. textl. Festsetzungen

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare

Grundstücksfläche gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

 In den Gewerbegebieten wird gem. § 22 (4) die abweichende Bauweise im Sinne der offenen Bauweise festgesetzt. Abweichend von § 22 (2) darf die Länge der Hausfotmen höchstens 70,00 m betragen.

2. in den Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung "Parken" im Bereich der Wende-

anlage der Planstraße "Auf'm Blenenkamp" müssen Insgesamt 99 Stellplätze für die

Sportanlagen umgesetzt werden, Darüber hinaus gehende Stellplätze mit anderer Zuordnung sind erlaubt. Versorgungsflächen / Ver- und entsorgung

Verkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr.11 BauGB

gem, § 9 (1) Nr.12, Nr.13 und Nr.14 BauGB

 Zu beiden Seiten der Ferngasieltung 6141 ist jeweils ein Schutzstreifen von 2,60 m von der Bebauung freizuhalten. Bodenauf- und -abiräge über ± 0,20 m sind unzulässig. Die Leitung wird nachrichtlich in der Planzeichnung dargesteilt.

Massnahmen und Flächen für Massnahmen zum Landschaftsschutz und zur Landschaftsentwicklung

gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB 4. Für die Verkehrsflächen wird gem, § 9 (1) Nr.20 BauGB I,V.m, § 5 Abs,2 Nr.10 BauBG je angefangene 150 m² Verkehrsfläche die Anpflanzung eines Einzelbaumes als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt.

5. Die Entfernung der Bäume, die den Hohlweg bilden, ist verboten. Kleingehölze dürfen

punktuell entfernt werden wenn statt dessen an gleichem oder anderem Standort am oberen Böschungsrand Bäume gepflanzt werden. 6. Als ökologischer Ausgleich I.S.v. § 8a Nr 1 Satz 4 BNatSchG werden öffentliche und private Ausgleichsflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 a.G.v. § 135 c Abs. 1 BauGB in Zuordnung zu den Ausgleichsgebieten festgesetzt:

mittelgroßen Einzelbäumen zum Ausgleich von GEe 5 anzulegen. 8. A 04: Die Bepflanzung ist als freiwachsender Gehölzbereich mit mind, 16 mittelgroßen Einzelbäumen zum Ausgleich der Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung "Feuerwehr" anzulegen. 9, A 05; Zum Schutz des Grabens ist ein 7,00 - 20,00 m breiter Pflanzstreifen als

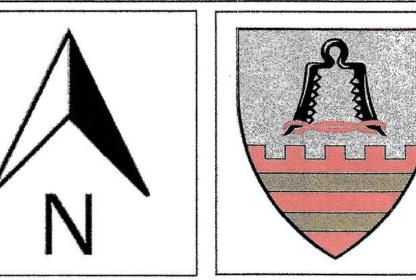
7. A 01 - A 02; Die Bepflanzung ist als freiwachsender Gehölzbereich mit 9 großen und 7

frelwachsender Gehölzbereich mit mind. 25 mittelgroßen Einzelbäumen zum Ausgleich von 10. A 06; Zum Schutz des Grabens ist ein als 5,00 m breiter Pflanzstreifen als freiwachsender Gehölzbereich zum Ausgleich von GE 3 anzulegen.

11. A 07: Zum Schutz des Grabens ist ein freiwachsender Gehölzbereich zum Ausgleich von Mi 12. A 08: Die Bepflanzung ist als freiwachsender Gehölzbereich mit mind.5 mittelgroßen Einzelbäumen zum Ausgleich von GEe 1 anzulegen. 13. A 09: Als Böschungsbepflanzung ist ein freiwachsender Gehölzbereich zum Ausgleich von

14. A 11/12; Die Bepflanzung der Böschung in der öffentlichen Grünfläche GR 4c und der öffentlichen Grünfläche GR 4b ist als freiwachsender Gehölzbereich mit min. 18 mittelgroßen Einzelbäumen zum Ausgleich der Verkehrswege anzulegen, im Sohlenbereich sind schattenverträgliche Krautarten als Unterpflanzung zu wählen.

Zur Umsetzung der unter 6, bls 16, genannten Punkte ist die folgende Pflanzenliste zu verwenden, Diese kann durch einzelne einheimische Gehölzarten ergänzt werden, Nadelbäume sind nicht erlaubt.



15. Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht 3 (GFLr 3) wird in MI 5 in Verlängerung der Vossstraße auf Flurstück 755, Flur 3, gemäß § 9 (1) Nr.21 BauGB zugunsten der über das Getr-, Fahr- und Leitungsrecht an die Vossstraße verkehrlich angeschlossenen Anwohner im innenbereich von MI 5 in der Breite von 4,00 m festgesetzt, Die Fläche ist von Baukörpern und Gehölzen freizuhalten. 6. Das Gels-, Fahr- und Leltungsrecht 4 (GFLr 4) wird im GE 2, GEe 5 und SO-Gebiet gem. § 9 (1) Nr.21 BauGB zugunsten des zuständigen Versorgungsträgers in 4,00 m Breite festgesetzt. Die Fläche darf nicht mit Baukörpern überbaut oder mit Großgehölzen bepflanzt werden.

-Sträucher: ohne Ballen, mind. 4 Triebe, mind. 1m Höhe

Schutzvorkehrungen gem. § 9 (1) Nr.24 BauGB

17. Gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB in Verbindung mit § 1 (4) und (5) BauGB ist angrenzend an die Hauptstraße und die Werler Straße Straße in den Mischgebieten Mi 3, Mi 4 und Mi 5 ein 40,00 m tiefer Gejändestreifen mit passiven Lämnschutzmaßnahmen des Lämnpegelbereichs III (61 - 65 dB(A)) in Form von Schallschutzfenstern der Schallschutzklesse 1 nach der VOI-Richtlinie 2719 zu schützen. Ruhebedürftige Räume sind bei Um- und Neubauten zur schallabgewandten Selte zu orientleren.

18. Um zusammenhängende Gebäude ist ein 3,00 m breiter Streifen als Feuerschutz von Gehölzen

Bepflanzungen gem. § 39 (1) Nr.25 BauGB

19. Je angefangene 300 m² Grundstücksfläche ist gemäß § 9 (1) Nr.25a BauGB in allen Mischgebieten mindestens ein großkroniger, hochstämmiger Laubbaum zu pflanzen. 20. In den (eingeschränkten) Gewerbegebieten müssen Dachflächen ab einer Größe von 100 m² gegrünt werden. Ausnahmen dürfen nur bei wichtigen betrieblichen Maßnahmen gestattet werden.

(eingeschränkten) Gewerbegebieten mit selbstklimmenden, rankenden oder schlingenden Pflanzen zu

Baugestalterische Festsetzungen

ausnahmswelse befestigt werden.

In allen Baugebieten sind bei kleineren Nebenanlagen wie zum Beispiel Einzelgaragen Flachdächer ausnahmswelse zulässig,

21. Gebäudemauern ab 200 m² fensterloser Fläche und separate Mauern ab 100 m² sind in den

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastete Flächen sind zu begrünen oder mit offenporigen Belägen zu detestigen. Die Guiten dei starker beanspruchung und dei immissionsgelant (Bodenimmission)

III. Hinweise

Wenn bei Erdarbeiten kultur- und erdgeschichtliche Bodenfunde oder Befunde (etwa Tonscherben, Metailfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossillen) entdeckt werden, ist nach §§ 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes die Entdeckung unverzüglich der Gemeinde oder dem Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe, in der Wüste 4, 57462 Olpe (Tel.: 02761/1261) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte drei Werktage in

unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 u. 16 DSchG), Das Urgesteln beginnt bei 2,40 m bis 3,00 m unterhalb der Oberfläche. Das Baugrundgutachten stuft das gesamte Plangebiet als ungeeignet zur Versickerung ein (kf-Wert = 1,4x10-10 m/s), weshalb aufgrund möglicher Staunässe Wasserhaltungsmaßnahmen während der Bauzelt und für Kellerräume die Ausbildung einer schwarzen Wanne als unbedingt erforderlich bezeichnet werden. Festgestellt wurde eine maximal zulässige Bodenpressung von max = 200 kN/m² Z und ein Bettungsmodul von ks = 15 MN/m³. Werden diese Werte überschritten oder eine vom Gutachten abweichende Bauausführung gewählt, wird ein objektbezogenes Gutachten erforderlich. (Baugrundgutachten -

Erschließung des Baugebietes "Bremen-Süd" in Ense-Bremen; Ing.-Büro PTM, Köln) Die Altjastenverdachtsfläche 4413/018 (Flur 3. Flurstücke 111 und 681) ist im Altjastenkataster enthalten und nicht überwachungspflichtig,

Satzungsbeschluss